

Leitartikel

BERNHARD GAUL

Die Wissenschaft schlägt zurück

Forscher zeigen, wie Klimaschutz geht, ohne sozial Schwache oder die Wirtschaft zu schädigen.

Inzwischen ist weithin bekannt, dass Österreichs Klimabilanz im EU-Vergleich mit Platz 23 uns nur einen Platz auf der Eselsbank überlässt. Die Wissenschaftler beklagen politische Blockaden und orten politische Ausreden, warum das so ist. Die Volkspartei, die seit Martin Bartenstein durchgehend den „Klimaminister“ stellt, kann ihren Anteil an der Misere nicht verleugnen, sie ist aber sicherlich nicht alleine schuld: Die FPÖ anerkennt inzwischen die Klimakrise, was schon ein Fortschritt ist, verfährt in der Klimapolitik aber nach dem „Wasch mich, aber mach mich nicht nass“-Prinzip. Und die SPÖ bremst an anderer Stelle, etwa wenn sie einer CO₂-Abgabe nur zustimmen will, wenn es alle in der EU machen. Den Blauen sollte aber klar sein, dass stinken wird, wer sich nicht mit Wasser wäscht, den Roten könnte einen Blick auf die EU-Flüchtlingspolitik helfen, die aufgrund der Blockaden innerhalb der EU nur dazu führt, dass täglich Menschen ertrinken.

Bei der Klimapolitik hingegen gibt es nun Licht am Horizont: Die Wissenschaftler haben die Untätigkeit der Regierenden so sehr satt, dass sie hunderte Lösungswege hin zu einem Treibhausgas-freien Österreich in einem Dokument zusammengefasst haben. „Es kann nun niemand mehr sagen, dass es die Maßnahmen nicht gibt, die man umsetzen könne“, erklärt der Geophysiker Gottfried Kirchengast dazu.

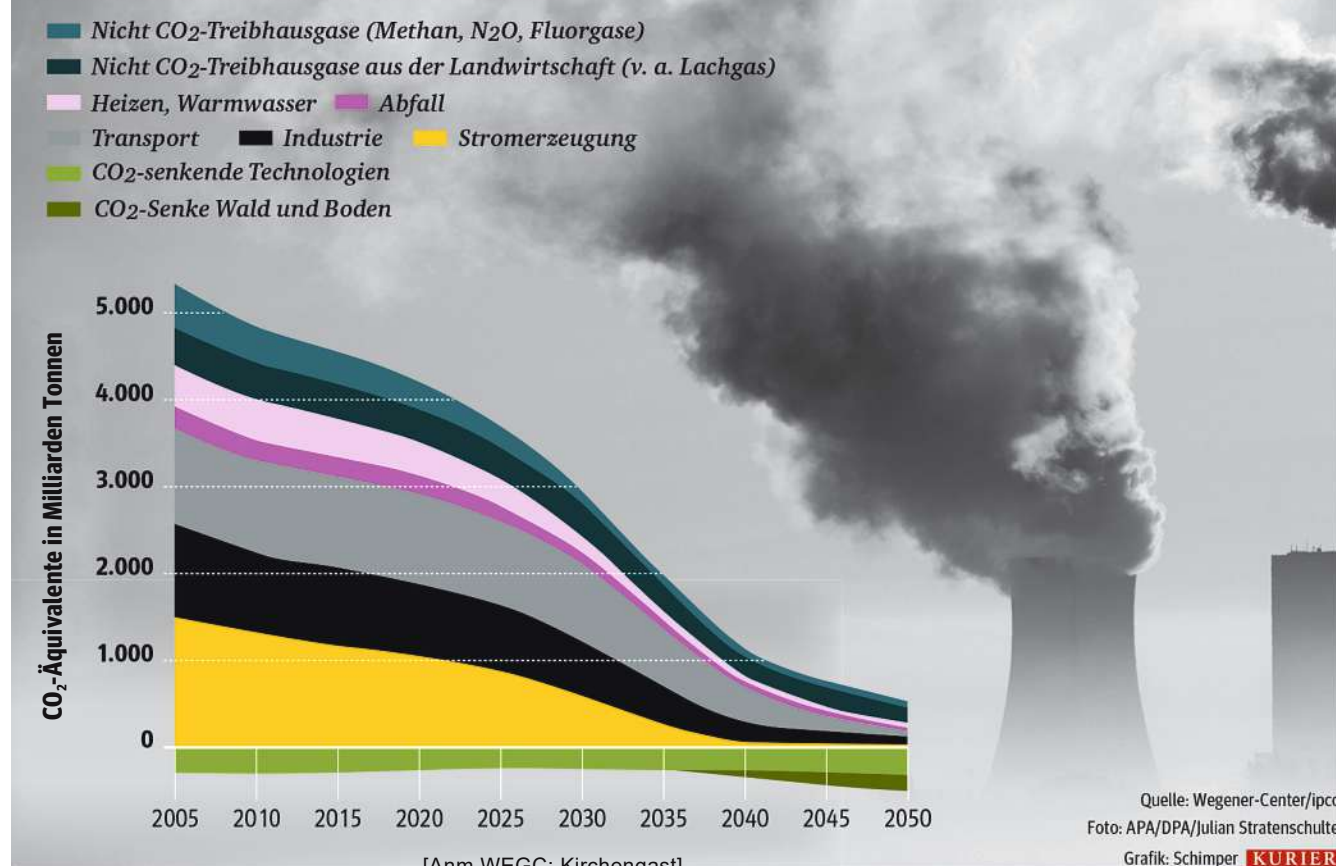
Das Mindeste, was die Politik jetzt machen sollte, ist, die zahlreichen Vorschläge zu studieren und sinnvolle Maßnahmen daraus abzuleiten. Schluss mit dem Bauchladen singulärer Maßnahmen, sonst stürzen wir im EU-Vergleich noch weiter ab.

eMail an: bernhard.gaul@kurier.at
auf Twitter folgen: [@bernhard_gaul](https://twitter.com/bernhard_gaul)



„Das sind alles nur

PARISER KLIMAZIELE FÜR DIE WELT [Anm. WEGC: Europa EU-28 - EU-Kommissionsgrafik]



Ein ganzes Bündel an Maßnahmen ist notwendig, um laut (Steinecker) „eine ernsthafte Klimapolitik“ zu betreiben. Seine Vorschläge hat

INTERVIEW
VON BERNHARD GAUL

Heute tagt wieder das Nationale Klimaschutzkomitee. Der KURIER hat mit dem einzigen Wissenschaftler, Gottfried Kirchengast, unter den 46 Teilnehmern gesprochen.

KURIER: Herr Professor Kirchengast, Sie sind der einzige Vertreter der Wissenschaft im Nationalen Klimaschutzkomitee und haben in dieser Funktion einen Brief an Bundeskanzlerin Bierlein geschrieben. Warum?

Gottfried Kirchengast: Wir sind beim Klimaschutz im EU-Vergleich unter den fünf Letzten der 28 Länder. Während fast alle die Emissionen teils deutlich reduziert haben, hat Österreich seit 1990 sogar zugelegt. Klimapolitik, wie wir sie jetzt brauchen, ist Chefsache geworden, wo alle Ministerien zusammenwirken müssen, um diese notwendigen Rahmengesetze zu schaffen. Das braucht eine Führungsrolle durch den Regierungschef oder wie jetzt der Regierungschefin. Bei der vorherigen Regierung mussten wir aber vor allem Blockaden und eine politische Dysfunktion feststellen, und das wollen wir mit neuen Vorschlägen durchbrechen, das haben wir der Bundeskanzlerin geschrieben.

Was schlagen Sie vor?

Damit wir die Pariser Klimaschutzziele erreichen, müssen wir bis 2030 mindestens die Hälfte unserer Emissionen einsparen, von 2030 bis 2040 ebenso, und von 2040 bis 2050 noch einmal mindestens die Hälfte. So können wir das Ziel einer mindestens 90-prozentigen Befreiung von den fossilen Treibhausgas-Emissionen schaffen. Der Rest von maximal 10 Prozent ist Kohlenstoffspeicherung in Wald und Boden.

Was tun gegen die Klimakrise. Die Zeit drängt: Österreich gehört zu den Schlusslichtern in der EU bei der Klimapolitik. An Vorschlägen und Maßnahmen mangelt es aber nicht, sagt Geophysiker Kirchengast.

Die Wissenschaft weiß, wie?

Unser Plan soll mögliche Umsetzungswege zeigen, wie die Wende unserer Volkswirtschaft funktionieren kann, damit Österreich in eine gedeihliche Zukunft geht, die tatsächlich gestaltbar und sozial-, wirtschafts- und umweltgerecht ist.

Und wie soll das gehen?

Die Wissenschaft hat im Interesse Österreichs einen ersten Referenzplan erstellt, unabhängig und auf eigene Kosten. Nicht, um uns aufzu-

drängen, sondern damit wir sachlich und deutlich bewusst machen helfen, was ernsthafte Klimapolitik bedeutet. Es werden konkrete Wege aufgezeigt, etwa für die Industrie, Lenkungswege gezeigt über eine Steuerreform mit CO₂-Preis pro Tonne samt Klimabonus, damit man auch behutsam sozial abfedern kann. Oder beispielsweise, wie Landwirtschaft auch zu Klimaschutzwirten werden, da sie für echte Kohlenstoffspeicherung den CO₂-Preis pro Tonne bekom-

men, etwa für Humusaufbau. Wie Energieunternehmen wegkommen vom System der zusätzlich verkauften Kilowattstunde hin zu innovativen Servicepartnern, die die nötige Energiedienstleistung bereitstellen. Wie wir eine Kreislaufwirtschaft etablieren können, oder die Bauwirtschaft den Umstieg schafft hin zu einer viel höheren Energieeffizienz. Oder im Verkehrsbereich der Umstieg auf primär Elektromobilität, mehr öffentliche und insgesamt weniger Fahrzeuge, und vieles mehr. Wir haben eine unglaubliche Sammlung an möglichen Maßnahmen zusammengetragen, das gab es bisher nicht.

Und die Politik kann den Plan als Blaupause nutzen?

Nein, unser Plan ist nur eine Grundlage mit einer Reihe von umsetzungsfähigen Maßnahmen. Welche dann wie umgesetzt werden, das kann nur die Politik, die gewählten und demokratisch legitimierten Volksvertretern entscheiden, das ist ja genau ihre Aufgabe. Es kann nur niemand mehr sagen, dass es die Maßnahmen nicht gibt, die man umsetzen könne.

War das Ihr erster Brief als Wissenschaftsvertreter an den Regierungschef?

Nein, ich hatte auch schon an Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz ähnliche Schreiben mit der Bitte um Leadership verfasst, im November 2018 und im März 2019, der auf unserer Homepage abrufbar ist (siehe Kasten). Die Wissenschaft sieht es als einen ganz wichtigen Dienst, die öffentliche Information und Teilhabe aller bei diesem zentralen Zukunftsthema zu fördern.

Was war die Reaktion aus dem Bundeskanzleramt?

Auf den ersten Brief gab es gar keine Reaktion. Ähnlich dann im März 2019, da gab es einen kurzen Kontakt



UNIVERSITÄT GRAZ

politische Ausreden“



er an Kanzlerin Bierlein geschickt – sie sieht er in der Führungsrolle

Klimaschutzkomitee

Was macht dieses Gremium?
Laut dem Klimaschutzgesetz berät das „Nationale Klimaschutzkomitee“ über Grundsatzfragen zur Klimapolitik „im Lichte der Zielvorgaben des Übereinkommens von Paris, insbesondere über die langfristige Reduktion der Treibhausgasemissionen hin zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft, die Anpassung an unvermeidbare Folgen des Klimawandels sowie über langfristige Szenarien zur Steigerung der Energieeffizienz und des Anteils erneuerbarer Energieträger“.

Wer nimmt daran teil?

Auch das regelt das Gesetz, es sind derzeit 46 Teilnehmer. Darunter Vertreter aller Parlamentsparteien, je ein „hochrangiger Vertreter“ des Kanzleramts und fast aller Ministerien, der neun Bundesländer, der Sozialpartner und der IV, von Städte- und Gemeindebund, aus dem Umweltbundesamt, von der Energiewirtschaft, drei Vertreter von Umweltschutz-NGO – und ein Vertreter der Wissenschaft.

mit einem Team des Kanzleramtes zur Frage der Steuerreform. Wir haben weitere Unterstützung angeboten, aber da kam dann nicht einmal mehr eine eMail-Antwort. Das hat unsere Politiksystemanalysen bestätigt, dass Ex-Bundeskanzler Kurz zumindest im Kontext der vorigen Regierung nicht willens und nicht fähig war, die im Brief erbetene staatsmännische Leadership für einen sozial-, wirtschafts- und umweltgerechten Zukunftsweg einzubringen.

Die Politiker erklären aber, dass wir noch auf wissenschaftliche und technologische Durchbrüche warten müssen. Können Sie dem zustimmen?

Diese Aussagen sind klar als politische Ausreden zu qualifizieren. Die Transformationsforschung, in der es um grundlegende Veränderung von politischen Systemen geht, bezeichnet das als Immunsierungsbestrebung,

wenn ein System versucht, eine Trägheit oder eine Pfadabhängigkeit aufrecht zu erhalten. Hier handelt es sich also, salopp gesagt, um eine reine Ausrede, wo einzelne Akteure auf Kosten und zum Schaden des Gemeinwohls und der Zukunftsfähigkeit des Landes auf Verzögerung und Verhinderung setzen.

Was entgegnen Sie dem Vorhalt, dass Österreichs Treibhausgas-Emissionen vielleicht ein oder zwei Promille des weltweiten Ausstoßes ausmachen, und der Aufwand doch gar nicht lohnt?

Dem entgegne ich, dass hier fundamental missverstanden wird, was ein Umweltgremium wie Klima, Luft, Wasser, Boden ist und wie man es schützt. Nehmen wir den Straßenverkehr als Beispiel, wo wir gemeinsam für Sicherheit sorgen, indem sich jeder an Verkehrsregeln hält. Wenn es aber Einzelne gibt, nur ein Promille der Verkehrsteilnehmer, die sagen:

Für mich gelten weder rote Ampeln noch der Rechtsverkehr, dann gibt es Lebensgefahr statt Sicherheit. Deshalb müssen sich alle an die gemeinsamen Regeln halten, weil sonst das Risiko sofort steigt. Beim Gemeingut Klima ist das nicht anders. Auch ein kleines Land wie wir muss seinen angemessenen Klimaschutzbeitrag leisten.

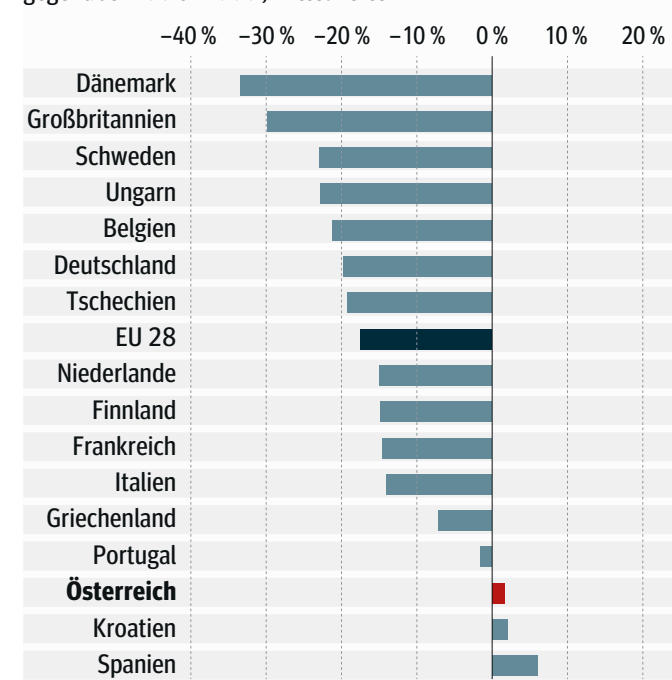
Sie erklärten kürzlich, Zeuge des Klimawandels zu sein. Was meinten Sie damit?

Es gibt nur wenige Menschen, die das Privileg haben, aus eigener Hände Arbeit wirklich den globalen Klimawandel sehen und messen zu können. Ich arbeite mit Forschungsteams seit 1995 im Klimamonitoring, habe selbst Satellitenmethoden maßgeblich mitentwickelt, mit denen wir gleichsam das „Fieber der Erde“, die in den letzten Jahrzehnten anwachsende Menge Wärmeenergie in der weltweiten Lufthülle, real sehen. Wenn man gleichzeitig die Klimaphysik, und so auch die menschengemachten Treibhausgas-Verstärker für diese Änderungen versteht, auch was die riesigen Energiemengen mit den Eisschilden, den Ozeanen, dem Land, den Wetterextremen machen, dann ist man nicht nur nüchtern sondern auch besorgt.

Ich bin also wirklich persönlich Zeuge des Klimawandels, und das hat in gewisser Weise auch etwas Furchterregendes. Weil ich habe keinen Sand mehr, in den ich meinen Kopf stecken kann. Aber es scheint mit mir einen Richtigen getroffen zu haben. Umso mehr spüre ich die Verantwortung, dass wir uns bis 2050 von dieser Last der Treibhausgas-Emissionen befreien müssen. Und deshalb komme ich auch mit so Mottos daher (lacht): „Verbrauch' die Hälfte!“ Und am 15. Mai 2055: „Österreich ist emissionsfrei!“

KLIMASÜNDER

Veränderung der Emissionen 2010–2018 gegenüber 1990–1999, Mittelwerte



KURIER Grafik: Schimper Quelle: Wegener-Center